Haushaltsrede des Vorsitzenden der

SPD-Ratsfraktion zur Verabschiedung

des Haushaltes 2026

der Stadt Dorsten

Dorsten, 24.02.2026

Es gilt das gesprochene Wort!

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,
sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Ratskolleginnen und Ratskollegen,

22 Mio. Euro Fehlbetrag waren zunächst für das Jahr 2026 prognostiziert, nun soll voraussichtlich eine weitere Verschlechterung über rund 11 Millionen eintreten. Nicht zu Unrecht hört man aus Teilen der Bürgerschaft den Hinweis, dass in Dorsten die Ergebnisse meist besser als die Prognosen ausfielen, ja sogar Überschüsse entstanden. Und ja, noch kann die Rücklage für einen dargestellten Ausgleich ein paar Jahre herhalten.

Also alles abhaken, irgendwie wie bisher weitermachen und auf weniger Krisen hoffen?

Nein, denn es gibt zunehmend auch ernstzunehmende Befürchtungen von Teilen der Bürgerschaft um die Zukunft im Allgemeinen. Dabei spielen die Risiken bei öffentlichen Haushalten und den damit verbundenen Sorgen um den erreichten Wohlstand ganz entscheidend eine Rolle.

Sich ignorant und passiv wegducken würde nur der Bewegung „Angst für Deutschland“ in die Karten spielen, die ihre spalterische Angstmache nicht offen im Dialog, sondern im Hintergrund in sozialen Medien verbreitet. Sie ruft dabei ein Staatsversagen der Demokratie aus und fordert ein blindes Vernichten aller Strukturen.

Auf Grund- und Gewerbesteuer verzichten, und kein Geld mehr haben für marode Schulen und Straßen, für zeitgemäße Digitalisierung von Bürgerservice? Das ist sicherlich keine Alternative für Dorsten, das ist Pleitemachen und Stillstand mit Ansage.

Gleichwohl gilt: Befürchtungen von Menschen nur wegzuschieben, verstärkt diese nur. Die Kunst ist, nichts zu beschönigen und zugleich realen Gestaltungswillen zu zeigen - Gestaltungswille gepaart mit Gemeinsinn.

Zur ungeschönten aber eben nicht den Untergang beschwörenden Realität gehört: Dorsten kommt beim Aufbau der Zukunft nicht von der Stelle – wir brauchen endlich Luft und mehr Rückenwind von Bund und Land für unsere kommunale Infrastruktur und Daseinsfürsorge, beispielsweise für Schulen, Energiezukunft und Zivilschutz.

Weg müssen Stolpersteine wie im Bereich der Finanzierung der Offenen Ganztagsschule.

Mehrere Kommunen werden NRW voraussichtlich verklagen, hier eine Auswahl der Gründe:

- Es gibt kein sogenanntes Ausführungsgesetz, mit dem das Land den Rechtsanspruch an die Kommunen voll überträgt.

- Die mit der Gesetzgebung für die Kommunen einhergehenden finanziellen Mehraufwände werden nicht erstattet. Eine faire Lastenverteilung ist nicht erkennbar.

- Die vom Bund bereitgestellten Betriebskostenzuschüsse werden vom Landeshaushalt vereinnahmt und nicht an die Kommunen weitergegeben

Uns dürfen nicht mehr die Kosten für staatliche Leistungen auffressen – von Bund und Land entwickelt und bei den Kosten bleibt im Zweifel alles oder vieles bei der Kommune hängen.

Bei Überlegungen zur Kostendämpfung stehen dabei nicht die finanziellen Hilfeleistungen an Bürger und für helfende Hände im Vordergrund, sondern die Standards bei der Umsetzung, sie sind das Problem.

Nicht das anpackende Personal ist in Frage zu stellen, sondern die Verwaltungsapparate im Hintergrund bei Bund, Land und auch Durchführungsträgern; dort sind die Kostentreiber zu finden. Wir können, nein wir müssen uns da ehrlich machen!

Die Förderprogramme kommen zudem sehr kurzfristig auf den Markt und drohen überfrachtet zu sein, überfrachtet mit kleinteiligen Regelungen und damit verbunden mit Belastung für städtische Personalressource.

Warum nicht auch begonnene Maßnahmen unterstützen, die wegen knapper Gelder bisher nur provisorisch angegangen werden konnten? Die Sport-Milliarde des Landes darf nicht nur wie angekündigt auf Sanierungsstau verengt werden. Manchmal ist auch eine Beendigung schon angefangener, aber eben weiterhin noch ausbaunotwendiger Provisorien genauso sachgerecht, und zwar so lange bis eine Nutzung in der Substanz wieder möglich ist. Statt halbfertig stehen lassen besser richtig ausgebaut!

Kunstrasenplätze sind für große, einen ganzen Stadtteil abdeckende Vereinsangebote kein Luxus, sondern die überlebensnotwendige Basis für einen Erhalt des Angebotes dort vor Ort und nicht bis zu 8 Kilometer weiter in einem ganz anderen Lebensumfeld.

Auf jeden Fall gilt, dass die Kommunen die Mittel ungeschmälert weitergereicht brauchen. NRW hält vielfach über 30 % für seine Aufwendungen zurück – wofür? Für seinen kaum nachvollziehbaren Planungskostenanteil? Die Kommunen müssen doch die Hauptlast tragen, auch und gerade für eine vernünftige Planung und Umsetzung vor Ort.

Die Kommunen wissen, was den konkreten Verwendungsbedarfen entspricht, stattdessen müssen sie über zu kleinteilig erdachte Vorschriften zu Verwendungseinschränkungen brüten.

An der Stelle bringt es nichts, wenn jeder für sich auf seinen internen Kanälen Änderungen anmahnt, wir eine Resolution starten. So rege ich an, dass wir örtliche und überörtliche Mandatsträger gemeinsam und vor allem regelmäßig oft an einen Tisch holen. Alles andere hat jedenfalls bisher wenig ergeben, offensichtlich wenig Bewegung hineingebracht.

Nicht beschönigen, aber auch eigenen Gestaltungswillen zeigen, so hatte ich es eingangs formuliert. So komme ich nun zu Zukunftsperspektiven, die angepackt werden wollen.

Der Deutscher Städte und Gemeindebund (DStGB) und das Deutsches Institut für Urbanistik (Difu) haben in 2020 wegweisend formuliert:

„Daseinsvorsorge sichern - Durch neue Organisationsformen und Finanzierungsansätze werden kommunale Angebote und Einrichtungen aufrechterhalten und weiterentwickelt.“

Was kann das direkt oder indirekt heißen? Ich erwähnte vorhin schon das Leitbild: Gestaltungswille gepaart mit Gemeinsinn

Wir müssen neue Wege gehen, da alte Wege nur zu kommunalen Steuererhöhungen und zu Einsparungen bei der kommunalen Infrastruktur führen.

Hier beispielhaft drei neue Ansätze:

Steigt Dorsten in die Energie- und Wärmespeicherung nur begleitend und eher als Zuschauer ein? Oder ist es nicht besser, steuernd aufzutreten?

Wenn wir das Ruder entscheidend mit in der Hand haben wollen, müssen wir Kooperationsmodelle mit der Energie- und Versorgungswirtschaft anstreben. Wir müssen dabei die Einbindung der bestehenden oder weiterzuentwickelnden Tochterunternehmen der Stadt Dorsten überdenken. Die Entscheidung, über die WinDor vier Anschlussstellen an eine geplante Wasserstoffleitung herzustellen, ist ein kleiner, aber nicht ausreichender Ansatz.

Zukunftsträchtig ist es, im Rahmen der Stadtplanung Vorrangflächen für Energiegewinnungsflächen (Freiflächen-PV-Anlagen) und Energie- und Wärmespeicher zu entwickeln. Dabei gilt es insbesondere die Kopplung mit der kommunalen Wärmeplanung und die Nutzung industrieller Prozesswärmespeicher zu bedenken. Mögliche Erlösquellen, zum Beispiel aus Netzdienstleistungen, sind mit Partnern wie Westnetz und den Übertragungsnetzbetreibern zu erschließen.

Ziel ist dabei nicht nur pauschal eine gute Energie- und Wärmezukunft, sondern

- das Potential gesteigerter Einnahmen für die Stadt

- und nicht zuletzt die Schaffung neuer Wärme-Nahversorgungsmöglichkeiten für ganze Wohnbereiche, weg von der alleinigen Frage nach privater Anschaffung von Ölheizung oder Wärmepumpe

Die WinDor als städtische Tochtergesellschaft hat zwar die Energiesparte in ihrem Aufgabenportfolio. Sie tritt aber hierbei kaum in Erscheinung und kann bzw. muss das Themenfeld wie gerade beschrieben ausbauen.

Alles nicht denkbar, alles zu hoch gegriffen?

Die Dorstener Netzgesellschaft ist Eigentümerin des Dorstener Strom- und Gasnetzes und verpachtet dieses an die Westnetz GmbH, welche dadurch die Rolles des Verteilnetzbetreibers übernimmt. Die Stadt Dorsten als Gesellschafter profitiert von Einnahmen und Mehrerträgen.

Ein erfolgreicher neuer Weg, welchen wir Dorstener Sozialdemokraten von Anbeginn positiv und gegen Skepsis nach vorne gebracht haben. So könnte es wieder sein, wenn wir uns alle nur öffnen.

Werbemittel und -flächen wie bisher weiterlaufen lassen oder neue Vermarktungswege mit Mehrerträgen anstreben?

Ein neues Konzept für die kommerzielle und öffentliche Außenwerbung gilt es zu erarbeiten. Dabei sind die Möglichkeiten zeitgemäßer elektronischer, digitaler Wechselwerbeträger unterschiedlicher Größe zugrunde zu legen und sowohl vorhandene wie neue stadtbildverträgliche Standorte zu identifizieren.

Es ist zu berücksichtigen, dass die Stadt Rechte zur günstigen Nutzung der Werbeerträge erhält, sowohl für sich selbst als auch für Veranstaltungen von ortsansässigen Vereinen und dem Gemeinwohl orientierte Institutionen.

Die Werbeanlagen können zudem in allen Stadtteilen zum Teil für eigene Zwecke (z. B. Treffpunkt Altstadt, Stadtinfo, Stadtteilaktionen) und für die Aktivitäten der Stadtgesellschaft dienlichen Akteure (ProGHW, Stadtteilkonferenzen, etc.) genutzt werden.

Die oftmals vorgetragene Warnung vor der Kommerzialisierung des öffentlichen Raumes ist nur dann eine Gefahr, wenn der Weg nicht durchdacht beschritten wird.

Es kann wie andernorts erwartet werden, dass mit einem längerfristig abgeschlossenen Vertrag mit einem Dienstleister oder gestützt auf ein passendes Kooperations-Modell zwischen Wirtschaft und Kommune die Einnahmen deutlich gesteigert werden können.

Wohnraum in alternden Einfamilienhausgebieten passgenauer nutzen oder weiterhin nur neue Baugebiete ausweisen, um junge Familien zu versorgen?

Durch immer nur mehr Neuausweisung steigen nur Flächen- und Heizenergieverbrauch und es entstehen zusätzliche Infrastrukturkosten - von A wie Abwasser bis Z wie Zuwegungen.

Neues Denken ist gefragt: Für viele ältere Menschen kommen Wohnalternativen in Frage, zum Beispiel Umzug in eine barrierefreie kleinere Wohnung, gemeinschaftliches Wohnen oder Vermietung von Teilen des Hauses. So würden Häuser oder Hausteile frei.

Die Dorstener Wohnbaugesellschaft stellt besagte Wohnraumalternativen her, und die Stadt organisiert eine Orientierungsberatung älterer Eigenheimbesitzender, um die persönlich geeignete Wohnoption zu finden. Die vorhin erwähnte Studie führt dazu aus: „Vertiefende Beratungs- und Unterstützungsangebote (z. B. zu Verkauf, Umbau, Umzug oder Vermietung) sollen ihren weiteren Weg begleiten. Natürlich muss in den Kommunen auch geeigneter altersgerechter Wohnraum geschaffen oder aktiviert werden.“

Was tun mit all diesen zukunftsorientierten Überlegungen? Wir als SPD wälzen Ideen nicht nur hin und her, wir werden Zug um Zug entsprechende Vorstöße im Rat und in den Ausschüssen machen, nachdem der Haushalt 2026 heute mit unserer Zustimmung verabschiedet sein wird.

Unser aller Dank an die Menschen in der Kämmerei und in den Fachämtern, an den Personalrat und die Gleichstellungsbeauftragte ist richtig und wichtig, bei ihm darf es aber allein nicht bleiben.

Wenn alle Mittel fließen und alle Fachfirmen bei Fuß stehen, wie stemmen die Arbeitskräfte der Stadt die Auflösung des zum Teil auch hausgemachten Investitionsstaus? Jahrelang gab es eine dominierende Mehrheitsmeinung im Rat, auch rentierliche Investitionen mit angezogener Handbremse anzugehen, obwohl die Finanzierungszinsen im Keller waren. Generationengerechtigkeit sieht anders aus.

Viele denken dennoch, „nun häuft sich nun mal so viel und die personelle Ressource ist doch nicht da?“ Die nachfolgenden Generationen werden uns auch hier nicht aus der Verantwortung lassen. Sie könnten zu Recht sagen „Liebe Boomer, ihr wart in der entscheidenden Phase immer noch dreimal mehr als wir und habt Herausforderungen pauschal immer unter Ressourcenvorbehalt gestellt? Wo war denn da eure Macher-Mentalität?“.

Die Mitglieder des Rates werden also gefordert sein, umsetzbare und nicht zu defensive Prioritäten zu setzen.

Keine Fraktion hat da die alleinige Deutungshoheit, kein Standard ist heilig. Mal anschaulich gemacht: Schlaglöcher dürfen den auf sein Auto angewiesenen Kleinverdiener nicht sein Fahrzeug kosten. Der Erhaltungszustand und die Ausbaubreite von Straßen sowie der Vorhalt von Parkplätzen muss aber nicht für die SUV-Flotte ausgelegt sein.

Augenmaß ist also gefragt und zu Augenmaß gehört auch Respekt, der nicht nur in Ratsgremien eingefordert, sondern bis hinein in die sozialen Medien von allen gelebt werden muss.

Björn Höcke 2023: „Aber die Kartellparteien, dieser wild gewordene Hausmeister im Bunde mit Taugenichtsen und mit Mietnomaden, die richten dieses Haus Deutschland gerade zugrunde.“

Respekt? Fehlanzeige, denn besagte Kartellparteien werden geschickt auch gleich noch zu Taugenichtsen abgestempelt.

Ein Zitat zum Abschluss: Tatsachen muss man kennen, bevor man sie verdrehen kann.“ (Mark Twain)

Hier geht es nicht darum, augenzwinkernd ein bisschen fake-news hinzunehmen.

Es geht um den Appell an uns alle und die Bürgerschaft:
Öffnet euch für Tatsachen und auch respektvoll für unterschiedliche Bewertungen zu Sachverhalten, sonst könnt ihr die Verdrehung oder gar Lüge nicht erkennen.